

Menschenrechte für Drogenkonsumenten schützen

Schirmherr Cem Özdemir fordert Heroingabe und Hilfen für Menschen in Haft

Anlässlich des 13. bundesweiten Gedenktages für verstorbene Drogenabhängige fordert der Bundesverband der Junkies, Ehemaligen und Substituierten „JES“ den Schutz der Menschenrechte für Drogenkonsumenten und Substituierte ein.

„Der Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige mit mehr als 60 Veranstaltungen in Deutschland und vielen weiteren Aktionen im Ausland, bietet für uns als Interessenvertretung die Möglichkeit, Defizite der aktuellen Drogenpolitik zu benennen und auf eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung um die gesundheitliche und soziale Situation Drogen gebrauchender Menschen zu drängen,“ so Marco Jesse als JES- Bundesvorstand.

„Auch im Jahr 2010 sind nach offiziellen Angaben 1237 Menschen in Deutschland drogenbedingt verstorben. Viele dieser Todesfälle wären vermeidbar gewesen. Über 70% dieser Drogentodesfälle stehen in Verbindung mit einer Überdosis Heroin. Die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Städten wie Stuttgart, München und Nürnberg, die die traurige Statistik der Drogentodesfälle anführen, würde dazu beitragen Menschenleben zu retten und sind eine Maßnahme, vielfach multimorbide, Menschen in Hilfeangebote zu integrieren,“ so Jesse weiter.

Im Zentrum des diesjährigen Gedenktages am 21.Juli steht für den JES-Bundesverband ferner der Protest gegen die Vertreibung von Drogen gebrauchenden Menschen aus dem öffentlichen Raum. „Diese Maßnahmen gehören in vielen Städten, wie z.B. in Berlin, zum „guten Ton“ und sollen der Stadtbildkosmetik dienen. Neben der Tatsache, dass hiermit Drogenkonsumenten Orte der sozialen Gemeinschaft genommen werden, sind zersplitterte Szenen für Maßnahmen der Prävention und Überlebenshilfe kaum mehr erreichbar“, erläutert Claudia Schieren vom JES Bundesvorstand. „Die Vertreibung von vielfach alten und schwerkranken Menschen ist schließlich ein inhumaner Akt des Staates gegen seine Bürger,“ so Schieren weiter. Ein Blick in viele deutsche Haftanstalten zeigt massive Verstöße gegen das von der WHO formulierte „Äquivalenzprinzip“, welches besagt, dass Menschen aufgrund ihrer Inhaftierung gleiche Standards der gesundheitlichen Versorgung wie in Freiheit zugänglich sein sollen. Tatsächlich wird opiatabhängigen Menschen in Haft mit der Substitutionsbehandlung die erfolgreichste Behandlungsform vielfach vorenthalten. Während in Freiheit ca. 50% der Opiatkonsumenten behandelt werden, erhalten in Haft weniger als 10% Zugang zu dieser Behandlung.

Um der vielen tausend verstorbenen Freundinnen und Freunden, Bekannten und Angehörigen zu gedenken und den dringenden Handlungsbedarf der kommunal- Landes und Bundespolitik anzuzeigen, veranstalten Aids- und Drogenhilfen, JES- und Elterngruppen im Rahmen des Gedenktages am 21. Juli in über 60 Städten Mahnwachen, Informationsveranstaltungen, Gottesdienste, Trauermärsche und andere öffentliche Kundgebungen.

JES Bundesverband e.V. | Wilhelmstr 138 | 10963 Berlin

Pressekontakt: Marco Jesse: 0176 43091494 JES Bundesvorstand

